

Monatsrückblick

von Bernhard Hess, e. Nationalrat, SD-Geschäftsführer, Bern

Aufnahme von Guantanamo-Häftlingen fragwürdig

Schon im August 2009 haben sich die Schweizer Demokraten in einer Resolution gegen die Aufnahme von Guantanamo-Häftlingen ausgesprochen. Mit der Übernahme von zwei Uiguren aus dem Gefangenenlager hilft der Bundesrat einzig ein Problem der USA zu lösen, jedoch ohne dafür irgendeine Gegenleistung zu erhalten. Zudem gefährdet er die guten Beziehungen zu China. Ohne Not handelt sich die Schweiz zudem ein Terrorrisiko ein und setzt ein wirtschaftliches Potential in Milliardenhöhe aufs Spiel.

Datenklau – Bundesrat kuscht

Gleichzeitig kuscht der Bundesrat vor Deutschland. Statt über realistische Lösungsansätze zu diskutieren, setzt der Bundesrat in Sachen Datenklau auf das Prinzip Hoffnung. Die SD fordern die Landesregierung auf, Rückgrat zu zeigen und zumindest die Angriffe auf die schweizerische Souveränität in aller Form zurückzuweisen. Unter den gegebenen Umständen darf es weder Verhandlungen über ein neues Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland, noch weitere Zahlungen im Rahmen der Zinsbesteuerung geben.

Ausufernde Gewalt

Die SD sind besorgt ob der zunehmenden Gewaltexzesse. Immer häufiger werden Menschen von Jugendlichen grundlos attackiert und spitalreif geschlagen. Oft handelt es sich bei den Tätern um Jugendliche mit Migrationshintergrund. Gerade dieser Umstand wird aber von unseren kosmopolitisch ausgerichteten Medien und den Multikulti-Predigern in fast allen Parteien negiert oder schöngeredet. Die Politik und Gesellschaft hat dafür zu sorgen, dass Recht und Sicherheit wieder vollumfänglich gewährleistet sind. Dafür stehen die SD ein!

Tor für mehr Zuwanderung geöffnet

Die Richter am Bundesverwaltungsgericht wollen den Familiennachzug für Ausländer auch dann ermöglichen, wenn nur ein Elternteil eine Aufenthaltsbewilligung für die Schweiz hat. Mit diesem Urteil wird einmal mehr eine Tür für mehr Zuwanderung geöffnet, welche sich künftig kaum mehr eindämmen lässt. Die Schweiz verliert nach und nach die Kontrolle über die Einwanderung.

EU-Zuwanderung wird nicht eingeschränkt

Trotz Rekordarbeitslosigkeit erwägt der Bundesrat nun offenbar doch nicht, die Wiedereinführung von Kontingenten für Einwanderer aus der EU zu prüfen. Bereits im Mai 2008 hat die SD auf die Problematik der unkontrollierten EU-Einwanderung hingewiesen und die Landesregierung aufgefordert, die Zuwanderung über eine Kontingentslösung zu regulieren. Insbesondere in wirtschaftlich schlechten Zeiten muss die Schweiz den Zugang von Ausländern zu unserem Arbeitsmarkt und zu den Sozialleistungen kanalisieren können. Deshalb fordern die SD, dass der Bundesrat endlich handelt, die «Ventilklausel» umgehend anwendet, und die Zuwanderung in die Schweiz künftig nur noch im Rahmen der Kontingente zuzulassen wird. Die freie, unkontrollierte Zuwanderung in die Schweiz ist für unser Land nicht mehr tragbar. Leider entpuppt sich diese Forderung wohl nur als ein frommer Wunsch!